

Globalisierung - kritisch - eine andere Welt ist möglich.
Referat am 13.6. 2009 - Konferenz „Gerechtigkeit erhöht ein Volk“
(Mitarbeitertag EKHN - Kinder- und Jugendarbeit)

Einführung: Globalisierung kritisch - eine andere Welt ist möglich!?

Vorbemerkung zur Eingrenzung des Themas

Zunächst eine Vorbemerkung: Auf Entwicklungspolitik im engeren Sinn, etwa im Blick auf das, was das Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, das „Entwicklungshilfeministerium“ tut, gehe ich, so wichtig dies auch ist, nicht ein. In diesem Zusammenhang spielt z.B. die Finanzierung der sogenannten Millenniums-Ziele der UNO eine wichtige Rolle und auch die Forderung, dass alle Industriestaaten endlich mindestens 0,7 % ihres Bruttoinlandsprodukts für die Entwicklungshilfe bereit stellen.

Allerdings: Durch ungerechte Handelsbeziehungen und einen unkontrollierten Finanzmarkt verlieren die Länder der Dritten Welt jährlich weit mehr als sie durch Entwicklungshilfe bekommen. Deshalb konzentriere ich mich heute auf diese Fragen und stelle die globalen Spieler Welthandelsorganisation/WTO, Internationaler Währungsfond/IWF, aber auch die Handelspolitik der EU gegenüber einer größeren Zahl von Entwicklungsländern in den Mittelpunkt. Dabei ist meine Sicht von den Analysen und der Kritik von Attac geprägt, Attac selbst werde ich aber nicht im einzelnen vorstellen, Handzettel liegen aber aus. Auf die sozialkritischen Positionen von Attac innerhalb Deutschlands gehe ich während des Vortrags nicht ein. Es ist besonders das Thema der Arbeitsgruppe 3: Soziale Gerechtigkeit wird jetzt entschieden, mit Dr. Jürgen Borchert, der bei Attac Darmstadt schon zweimal Referent war.

Globalisierung hat es auch mit neuen globalen Militärstrategien zu tun. Die neuen militärischen Doktrinen der NATO, spezieller EU-Kampfeinheiten und auch der Bundeswehr machen einen vorher ausgeschlossenen globalen militärischen Einsatz möglich. Diese neue Militärstrategie kostet sehr viel Geld, das dann bei der Entwicklungshilfe und bei zivilen Friedensdiensten fehlt. Dazu kommt, dass Deutschland nach der neusten Statistik an dritter Stelle unter den waffenexportierenden Ländern steht. Auch auf dieses wichtige Thema gehe ich heute nicht weiter ein, aber vielleicht spielt es ja in der Diskussion eine Rolle.

Allgemeine Begriffe und konkrete Bilder

Den Text der Ankündigung von Themengruppe 2 lese ich noch einmal vor:

„Globalisierung meint oft die Reduzierung auf Weltwirtschaft, bei der es Gewinner und Verlierer gibt. Kann Globalisierung auch gerecht und demokratisch sein?“

Der Text ist ja sehr begrifflich. Ich setze ihm zunächst einige Bilder entgegen:

1. Bild: Kinder, die in Indien in Steinbrüchen arbeiten, damit bei uns der Marktplatz gepflastert werden kann (Kinderarbeit, Heft der NGO Südwind).

2. Bild: Dieses Bild kann ich Ihnen nicht zeigen. Ich habe es in einer Fernsehreportage gesehen: Ein großer Schiffsfriedhof an der chinesischen Küste. Tausende von Arbeitern schlachten abgewrackte Schiffe aus den Industrieländern aus. Ob da Asbest dabei ist oder bei der Arbeit Giftstoffe frei werden, spielt keine Rolle. Hauptsache billig und weit weg von uns.

3. Aus dem Darmstädter Echo vom 27.1. 2009:

„Das Leben für die Mode - Schick und tödlich: Junge türkische Arbeiter sterben an den Folgen der Sandstrahlbehandlung für Jeans, die auf alt getrimmt werden“. Darunter das Bild eines jungen Mädchens, das so eine Jeans trägt.

Das alles hat etwas mit Globalisierung zu tun und fragt man weiter nach den politischen und ökonomischen Bedingungen, wird es scheinbar noch abstrakter. Da tauchen z.B. Organisationen auf wie der Internationale Währungsfond/IWF oder die Welthandelsorganisation/WTO.

Ich mute Ihnen nun zu, sich damit etwas näher zu beschäftigen. Warum? Damit wir ganz konkrete Menschen und ihre Lebenssituation besser verstehen können. Damit wir eine Antwort suchen auf die Frage „Kann Globalisierung auch gerecht und demokratisch sein?“

Zunächst einmal kurz zum Begriff Globalisierung: Er begegnet uns oft als scheinbar neutraler Begriff, der die zunehmende wirtschaftliche Verflechtung der Staaten und Regionen der Erde bezeichnet. Diese beschreibende Sicht ist nicht in sich falsch, wird aber dann gefährlich, wenn sie als rhetorische Waffe verwendet wird: Wie kann man gegen die Globalisierung sein? Der Welthandel nimmt zu. Das ist doch für alle gut, das ist schon ein Stück „Gemeinwohl“ und freie Menschen wollen und brauchen freie Märkte. Sicher, wo Gewinner sind, sind auch Verlierer, aber langfristig geht es auch den Verlierern besser, wenn die Gewinner weiter gewinnen mit ihren Investitionen in eine freien Weltwirtschaft mit ihrem Konkurrenzprinzip.

Andererseits zeigt die gegenwärtige tiefgreifende Finanz- und Wirtschaftskrise, welche Folgen ein weitgehend deregulierter Markt haben kann.

Schwerpunkt Dritte Welt

Durch den Zusammenbruch der Preise für die landeseigenen Rohstoffe und den Wegbruch von Exportmöglichkeiten sind dabei gerade Menschen in Entwicklungsländern besonders betroffen, obwohl die Krise gar nicht bei ihnen entstanden ist. Teure Konjunkturprogramme können sich diese Staaten nicht leisten, ausländisches Geld wird in der Krise abgezogen, Privatkredite gibt es aber nur zu extrem hohen Zinsen. Später werden wir sehen, was das mit dem IWF zu tun hat. Mein Schwerpunkt liegt im Bereich der Nord-Süd-Beziehungen. Der Einfachheit halber rede ich dabei von Ländern der „Dritten Welt“ und „Entwicklungsländern“, wengleich die gegenwärtige Krise auch zeigt, wie wenig entwickelt ein solides und nachhaltiges wirtschaftliches Denken in den großen Industriestaaten verbreitet ist. Sonst hätte es ja die Krise nicht gegeben. Mit den sogenannten „Schwellenländern“ werde ich mich nicht beschäftigen.

Ein kurzer Blick auf Attac und das Thema „Spekulation und Steuerflucht“

Zunächst ein kurzer Blick auf Attac. Ein Aspekt stand 1998 bei der Gründung in Frankreich und im Jahr 200x in Deutschland, besonders im Mittelpunkt. Der Name „Attac“ bringt dies zum Ausdruck. Die fünf Buchstaben stehen für einen Organisationsnamen, der auf deutsch heißt „Assoziation für die Besteuerung von internationalen Devisentransaktionen zum Wohl der Bürgerinnen und Bürger“. Worum geht es dabei: es geht um Spekulation mit Devisen, Rohstoffen und Wetten auf die Zukunft, die nicht mehr der Absicherung von Geschäften im Welthandel dienen, sondern der reinen Spekulation. Auch die Flucht von Milliarden von Euros und Dollars in Steueroasen gehört zu den „Gründungsthemen“ von Attac in Deutschland seit 2000.

Was heute oft vergessen wird: auch wenn die EU die Steueroasen der Reichen und Superreichen bei uns stärker kontrolliert werden; manches wird dabei ja schon wieder stark verwässert, den Menschen in den Entwicklungsländern hilft das nicht. In Kumpaneien mit den Banken und Investoren in den Industriestaaten verschieben wirtschaftliche und politische Eliten dort pro Jahr ca. 500-800 Milliarden US-\$ in solche Steueroasen (Zentrum Ökumene - Rückblick 2008, S.7).

Die Themen von Attac haben sich nach 1998 bald ausgeweitet, etwa im Blick auf die Kritik am IWF, der WTO und der Handelspolitik der EU. Dieser Kritik schließe ich mich im Folgenden weitgehend an.

„Globalisierung kritisch - eine andere Welt ist möglich!?“ Ausrufezeichen oder Fragezeichen oder beides? In diesem Titel klingt ein Motto von Attac Deutschland an „Die Welt ist keine Ware - eine andere Welt ist möglich!“ Der erste Satz drückt eine Kritik aus, der zweite eine Hoffnung. Kritik der WTO, der internationalen Finanzspekulation, des IWF und der Handelspolitik der EU. Das wird unvermeidlich etwas theoretisch und begrifflich. Ich versuche aber über sechs thematische Statements die Sache so übersichtlich wie möglich zu machen. Im letzten Teil versuche ich zu zeigen wie diese Themen mit konkretem Engagement in der Zivilgesellschaft verbunden werden können, für eine Globalisierung, die gerechter und demokratischer ist als heute. Grundkenntnisse über die EU und internationale Organisationen wie die UNO, den IWF, die WTO setze ich zunächst einmal voraus, gebe aber auf Nachfrage gern weitere Informationen.

Fünf Thesen zum Thema „Globalisierung kritisch - eine andere Welt ist möglich?!“

1.) Das Dogma vom freien Markt als absolutem Heilsbringer muss entzaubert werden und seine Gebote in den Spielregeln der WTO geändert werden

Kurzinformation:

Durch die Verhandlungsmacht der großen Industriestaaten wurde das Ideal vom freien und deregulierten Markt in den Regeln der Welthandelsorganisation/WTO verankert, der im Jahr 2008 153 Staaten angehören. Formell haben sie alle eine Stimme, aber besonders Entwicklungsländer sind extrem leicht erpressbar: Sie haben nur sehr kleine Verhandlungsdelegationen. Der IWF droht mit dem Entzug von Krediten und die EU oder die USA drohen mit ihrer Wirtschaftsmacht.

Dennoch konnten die großen Industrieländer auf der letzten großen Verhandlungsrunde, die 2008 endete, ihre Maximalforderungen nicht durchsetzen: Das haben sie nun auf später verschoben und versuchen es über die EU.

Forderungen

Dem freien Verkehr von Waren und Dienstleistungen, ungehindert durch Zölle und andere Regeln, müssen aber dort Grenzen gesetzt werden, wo sich entwickelnde Märkte in der Dritten Welt von Exporten aus den Industriestaaten überflutet und vernichtet werden. Für eine Aufbauphase eigener Industrien müssen Schutzzölle erlaubt sein, Schutzzölle, durch die großen Industriestaaten früher selbst „groß“ geworden sind.

Agrarexporte der Industriestaaten dürfen künftig weder direkt noch indirekt subventioniert werden. Dies wiederum wird von der WTO (noch) erlaubt. Deutsche Hähnchenreste auf dem Fleischmarkt in Kamerun, subventionierte US-Baumwolle gegen die Baumwollproduzenten in Mali, solche Beispiele müssen ein Ende haben.

Große Pharmaziekonzerne betreiben bei der Suche nach neuen Wirkstoffen, etwa im tropischen Regenwald „Biopiraterie“. Gleichzeitig setzen sie über die WTO für die so entwickelten Medikamente über Patente geistigen Eigentumsschutz durch.

Dadurch werden diese Medikamente, in anderen Fällen ist es genetisch verändertes Saatgut, in den Ländern der Dritten Welt extrem verteuert. Dabei gibt es nur wenige Ausnahmen, seit einiger Zeit bei AIDS-Medikamenten. Diese müssen ausgeweitet werden. Eigentum ist sozialpflichtig, auch geistiges Eigentum.

Geändert werden müssen auch die Spielregeln der Schiedsgerichtsverfahren der WTO. Sie erlauben selbst dann Strafzölle gegen Länder zu verhängen wenn diese Handelsbegrenzungen einführen, die sich auf geltendes Recht der UNO berufen, d.h. hier geht WTO vor UNO.

Was die Sicherung einer ausreichenden Ernährung im eigenen Land betrifft, müssen Länder die Möglichkeit haben, Agrarimporte zu beschränken, um ein Bauernsterben im eigenen Land zu verhindern und auch um nicht ständig von den Exportländern abhängig zu sein.

Die Privatisierung von Gesundheits- und Bildungseinrichtungen in der Dritten Welt darf nicht über WTO-Regeln erzwungen werden, z.B. durch die internationale Ausschreibung von Neubauten solcher Einrichtungen.

Auch Investitionsschutzabkommen, welche die großen Industriestaaten im Regelwerk der WTO durchsetzen wollen, müssen dort ihre Grenze haben, wo die privaten Gewinnmöglichkeiten großer Konzerne gesetzlich geschützt werden zum Schaden des Gemeinwohls.

Erläuterung:

Industrielländer versuchen, zum Glück bislang vergeblich, sogenannte Investitionsschutzabkommen in den Regeln der WTO zu verankern.

In der Nordamerikanischen Freihandelszone NAFTA gibt es sie schon.

Diese würden großen internationalen Konzernen ein Klagerecht gegen Staaten auf Entschädigung zugestehen, falls ein Land Gesetze zum Sozial- und Umweltschutz erlässt, die Jahre nach Errichtung einer Anlage, die Produktionskosten erhöhen und somit die Gewinnmöglichkeiten senken.

2.) Eine globalisierte Welt braucht auch globale, internationale Steuern, z. B. gegen die Finanzspekulation und für Aufgaben der UNO

Kurzinformation

Die klassische Forderung von Attac nach einer Devisentransaktionssteuer/Tob-Steuer gehört neu auf die Tagesordnung. Diese Steuer, oft auch nach einem früheren US-Finanzminister „Tobin-Steuer“ genannt, soll es unrentabel machen, Gelder nur zur reinen Spekulation im Blick etwa auf Währungs- und Zinsdifferenzen, einzusetzen. Langfristige Investitionen von Geldern in Fabriken und Dienstleistungsunternehmen sind von ihr nicht betroffen.

Forderungen

Die Devisentransaktionssteuer soll zumindest in einem größeren Wirtschaftsraum, z.B. der EU, eingeführt werden, im Normalfall mit einem niedrigen Steuersatz, der aber wegen der Masse des Umsatzes trotzdem viele Milliarden Dollar einbringt. Bei gezielten großen Spekulationen, etwa gegen die Währungen von Entwicklungsländern, gilt ein wesentlich höherer Steuersatz.

Diese Steuer soll der Einstieg in internationale Steuern sein und der Finanzierung „Globaler öffentlicher Güter“ dienen und zwar im Rahmen der UNO, z.B. der Millenniums-Entwicklungsziele für das Jahr 2015, die u.a. eine Halbierung der Armut in der Dritten Welt vorsehen und den Besuch der Grundschule für alle Kinder. Möglich sind auch, besonders im Blick auf weltweite Umweltschäden, eine CO-2-Abgabe und die weltweite Besteuerung von Flugbenzin.

Erläuterung:

Mehrere nationale Parlamente und auch einzelne Regierungsvertreter haben in der EU und weltweit eine Devisentransaktionssteuer befürwortet, wenn sie zumindest in einem größeren Wirtschaftsraum eingeführt wird. Im Normalfall ist die Steuer recht niedrig, z.B. zwischen 0,1 und 1% der Transaktionssumme. Wenn aber große Finanzinvestoren mit riesigen Summen spekulieren, wirkt sie doch als Bremse. Dabei muss man wissen, dass täglich mehr als eine Billion US-\$ an diesen Devisenmärkten steuerfrei gehandelt werden. Der Vorschlag einer zweiten Steuerstufe geht auf Prof. Spahn, einen Frankfurter Ökonomen zurück. Selbst wenn die Steuer in der ersten Stufe bei einem Steuersatz von 0,1 % die Spekulation halbieren würde, rechnen Fachleute der UNO mit einer Steuersumme von mindestens 250 Mrd. US.-\$ im Jahr. Für die Beseitigung der schlimmsten Formen der Armut veranschlagen sie 225 Milliarden US-\$ jährlich. Hauptziel ist allerdings die Zurückdrängung der Spekulation. Zur Entwicklungsfinanzierung sollen aber auch andere internationale Steuern geschaffen werden, wie etwa eine Flugbenzin-Besteuerung (Kerosinabgabe) oder eine CO-2-Steuer.

3.) Der IWF als Kreditgeber für Entwicklungsländer braucht eine grundlegende Reform sonst wird „der Bock zum Gärtner“ gemacht

Kurzinformation

Beim IWF, der grob gesagt, wie eine Aktiengesellschaft organisiert ist, muss es mehr geben als nur kosmetische Änderungen bei der Verteilung der Stimmrechte unter den ca. 185 Staaten, die ihm angehören. Allein die BRD hat dort soviel Stimmen wie 50 Staaten Afrikas, nämlich 6 %. Allein die USA haben 17 % der Stimmrechte. Gegen sie kann es z.Z. keine „Verfassungsänderung“ geben ! Der IWF, wie die Weltbank 1944 gegründet, soll mit seinen Ökonomen ein Frühwarnsystem für Finanzkrisen sein, allen Ländern kurzfristig bei Währungskrisen mit Krediten helfen. Später hat sich der IWF auch die Aufgabe der Entwicklungsfinanzierung durch Kredite angemaßt, die er an Auflagen wie Deregulierung des Finanzmarktes, Privatisierung von öffentlichem Eigentum und Zollsenkungen gebunden hat. Der IWF und die Weltbank haben 2005 einer Gruppe von hoch- verschuldeten Ländern die Schulden zu 100 Prozent erlassen und seitdem, vergibt der IWF sogenannte Armutsbekämpfungskredite (PRGF), die für Bildung, Ernährung und Gesundheit bestimmt sind. Dazu verlangt er die Erarbeitung landeseigener Armutsbekämpfungsprogramme unter Beteiligung der Zivilgesellschaft (PRSP). Nach dem Ausbruch der Finanzkrise im vorigen Jahr haben ihn die Finanzminister der Industrie und der wichtigsten Schwellenländer nach einer Zeit der Schwäche wieder stark aufgewertet. Er soll nun verstärkt Kredite an Entwicklungsländer geben

Forderungen

Schon vorhandene Armutsbekämpfungsprogramme müssen von dem neoliberalen Wirtschaftsmodell abgekoppelt werden. Mit den Entwicklungsländern gemeinsam erarbeitete „Papiere zur Armutsbekämpfung“ müssen in den Ländern selbst demokratisch legitimiert und dann auch für den IWF verbindlich sein. D.h., die Gewährung von Krediten darf nicht davon abhängig gemacht werden, dass die Empfängerländer gegen ihren Willen öffentliches Eigentum privatisieren und kurzfristig Schutzzölle und Kapitalverkehrskontrollen abschaffen.

Die Regierungen dieser Länder wiederum müssen die Armutsbekämpfungsprogramme mit Parlamenten und mit den Vertretern der Zivilgesellschaft erarbeiten: z.B. Gewerkschaften, Vereinigungen von Bauern, Umweltschutzgruppen, religiösen Gruppen.

Bei der Schuldentrückzahlung von Krediten muss geprüft werden ob es sich um „unmoralische Schulden“ handelt, Kredite an Despoten z.B., die dann später nach einer Demokratisierung des Landes nicht zurückgezahlt werden brauchen.

Wenn Entwicklungsländer Zinsen und Tilgung für Kredite nicht mehr bezahlen können, ist ein neutrales Schiedsverfahren nötig statt der Willkür einzelner Entschuldungsmaßnahmen.

Organisatorisch ist der IWF stärker in die UNO zu integrieren.

Erläuterung:

Als Mitglied von Attac sehe ich die neue Aufgabe des IWF, die er durch die Finanz- und Wirtschaftskrise gewonnen hat, mit sehr gemischten Gefühlen.

Gerade der IWF war es, der über zehn Jahre den sogenannten Washington-Konsensus, d.h. das neoliberale Wirtschaftsmodell, durchgesetzt hat.

Es bleibt nur die Hoffnung, dass der Bock wirklich dazu gelernt hat und dass der politische Druck ausreicht, echte Reformen durchzusetzen. Ohne politischen Druck allerdings ist diese Hoffnung vergebens. Andererseits kann dieser Druck auch begrenzte politische Erfolge aufweisen:

Seit dem Kölner G8-Gipfel im Juni 1999 mit der großen Menschenkette, die in der Innenstadt die Forderung eines echten Schuldenerlasses zum Thema hatte, gibt es zum Glück auch ermutigende Zeichen: den Schuldenerlass von 1999 und von 2005. Die Jubiläumsfeier in Köln vom 18.-20. Juni wird daran erinnern.

Positiv ist auch: Entwicklungsländer können erstmals unter bestimmten Bedingungen vom IWF Kredite ohne die oben genannten klassischen Auflagen erhalten.

Allerdings: ohne direkte Einbindung in die UNO und ihre Unterorganisationen wie die „Konferenz für Handel und Entwicklung / UNCTAD“ und den Wirtschafts- und Sozialrat der UNO fehlt eine demokratische Legitimation.

4.) Im Blick auf die AKP-Staaten / Entwicklungsländer in Asien, Pazifik und Karibik muss die EU echte „Partnerschaftsabkommen“ abschließen, die den Ausgangsbedingungen dieser Länder angemessen sind

Kurzinformation

Die EU hat im Jahr 2000 im internationalen Konkurrenzkampf eine Exportoffensive gestartet. Seit 2002 dehnt sie diese auch auf Länder der Dritten Welt aus.

Sie hat z.B. begonnen neue Verträge mit den entsprechenden AKP-Staaten abzuschließen. Einige Verträge sind schon unterschrieben, aber im Bundstag noch nicht ratifiziert. Sie wurden den AKP-Staaten aufgezwungen durch die Drohung mit hohen Zöllen für ihre Exporte. Viele AKP-Staaten versuchen, diese Verträge, die sich „Partnerschaftsabkommen“/ European Partnership Agreements/EPA nennen, neu zu verhandeln. Die EU hatte ihnen in bisherigen Verträgen Sonderbedingungen eingeräumt. Die EU fällt dabei zurück hinter bereits gewonnene Einsichten. In den alten Verträgen galt das Prinzip: Bei wirtschaftlich ungleich starken Partnern verstärkt die Forderung nach Gleichheit diese Ungleichheit. Der Stärkere muss dem Schwächeren deshalb Schutzräume zugestehen.

Nun aber versucht die EU, die Maximalforderungen, ihre „trade rules for big boys“ (Karikatur!) die sie bei der WTO nicht durchsetzen konnte, hier einzuführen (WTO plus!): z.B. Investitionsschutzabkommen, Zugang großer internationaler Dienstleister zum Gesundheits- und Bildungsbereich der AKP-Staaten.

Forderungen

Attac ist Mitträger der Stop-EPAS-Kampagne, mit ihrer neuen Unterschriftenaktion. Die Forderungen sind u.a.:

Kurzfristige erzwungene Exporterfolge der EU, die mit einer Schwächung der Entwicklungsländer verbunden sind, haben langfristige negative Folgen:

z. B. Flüchtlingsströme an den Grenzen der EU und die Abwehr der „Immigrantenflut“.

Es muss wieder das Prinzip gelten, dass Gleichheit unter Ungleichen Ungleichheit ergibt. Dieses Prinzip haben ja die jetzt mächtigen Industriestaaten früher für sich selbst gefordert. Länder, die sich ihre Stärke auch dadurch erworben haben, dass sie jahrzehntelang Zollbarrieren aufgebaut haben, um ihr sich entwickelnden Märkte zu schützen.

Staaten müssen das Recht haben, im Bereich von Ernährung, Gesundheit und Bildung Einschränkungen eines „freien Marktes“ vorzunehmen.

Im Bundestag muss es eine neue Debatte über die EPAS geben.

Erläuterung:

Einen wichtigen Beitrag im Blick auf Öffentlichkeitsarbeit für eine „gerechte Welt“ haben hier schon die Kampagne Stop EPA, die Christliche Initiative Romero aber auch die Erlassjahrkampagne und Attac geleistet.

Auf Dauer müssen Handelsbilanzen aber ausgeglichen sein. Ob nun Deutschland Exportweltmeister ist oder die ganze EU es werden sollte, es führt dazu, dass die Handelspartner auf der anderen Seite sich immer mehr verschulden.

5.) Globalisierung kritisch - eine andere Welt ist möglich und ich kann etwas dafür tun

Kann Globalisierung auch gerecht und demokratisch sein? Diese Hoffnung habe ich, sonst würde ich mich nicht bei Attac und der Erlassjahr-bewegung engagieren. Sie kann jedenfalls gerechter und demokratischer werden.

Sicher, man kann fragen: Was kann ich, was kann meine Gruppe tun für oder gegen die Entscheidungen, die in der WTO, dem IWF, der EU getroffen werden. Mit diesen Fragen kann man aber auch schnell seine Verantwortung abgeben an „anonyme Mächte“, aber damit kann gar nichts gerechter und demokratischer werden.

Wir haben aber eine politische Chance und sie beginnt da, wo mancher vielleicht gar keine Politik vermutet. Wir haben eine Chance über unsere Rolle als Konsumenten. Die „Weltreise einer Jeans“ über mehrere Staaten und Kontinente hat ja etwas damit zu tun, wie wir konsumieren, welche Kriterien und beim Einkauf wichtig sind. Wenn wir das tun, werden wir weiter fragen nach den Spielregeln des Welthandels und dann kommt auch die Frage nach der WTO und der Handelspolitik der EU. Und die Staublung des türkischen Arbeiters ist auch kein Naturgesetz, sondern die Folge von dem, was Verbraucher bei Jeans für modisch halten und wie in einem „freien Markt“ mit seiner Konkurrenz die Opfer in anderen Ländern oft ausgeblendet werden.

Und indirekt haben die ausgeschlachteten Schiffe am chinesischen Meer auch etwas mit uns zu tun. Welthandel ist nichts schlechtes, aber in vielen Fällen gehen die „ökologischen Kosten“ der Güter, die für uns transportiert werden, nicht in die niedrigen Frachtraten ein. Die sozialen Kosten für die Entsorgung der ausgemusterten Schiffe müssen auch nicht von uns bezahlt werden. Nicht sofort, aber langfristig doch. Der durch einen harten Konkurrenzkampf erzielte niedrige Preis ist langfristig oft teuer erkauft, mit Sicherheit für Menschen in anderen Ländern, aber wahrscheinlich auch für die eigenen Kinder und Enkel. Wenn wir das erkennen, hat sich ja auch schon etwas Wichtiges geändert: Unser Wissen nämlich und das hilft wieder beim Handeln.

Wir können nach Gütesiegeln und Zertifikaten fragen beim Kleidereinkauf und nicht nur da. Wenn ich aber da zu fragen beginne, frage ich auch nach „Zertifikaten“ für eine gerechte, demokratische und nachhaltige Handelspolitik. Sie werden politisch umstritten bleiben, aber die Debatte darüber sollten wir nicht allein den Politikern und Politikerinnen überlassen, wenn wir das mit der „Zivilgesellschaft“ ernst nehmen.

Wir können die Fair-Trade-Bewegung unterstützen, z.B. durch den Einkauf im Weltladen. Beim alltäglichen Einkauf können wir nachfragen nach fair gehandelten Produkten. Wir können mitarbeiten in einer Trägergruppe eines Weltladens oder vielleicht sogar an der Gründung eines Weltladens mitwirken.

Bei einem Kirchenvorstand lässt sich vielleicht erreichen, daß er beschließt, künftig nur noch oder überwiegend Fair-Trade-Produkte beim Einkauf zu berücksichtigen und bei Festen und Jubiläen anzubieten.

Dabei kann es zu interessanten Gesprächen darüber kommen, was denn nun Fair-Trade heißt, in allen seinen Aspekten, auch denen, die ich heute angesprochen habe.

Mit der eigenen Gruppe oder besser noch in Zusammenarbeit mit anderen können wir darauf dringen, dass eine Kommune bei ihrer Beschaffungspolitik fair produzierte Waren einkauft.

In Darmstadt hat da so angefangen: Zunächst hat der Weltladen darüber aufgeklärt, dass die neuen Pflastersteine auf dem Marktplatz zwar recht preiswert waren, aber gerade deshalb weil Tausende von Kindern in Indien in einem Steinbruch arbeiten mussten. Dann hat das Stadtparlament einen Beschluss gegen ausbeuterische Kinderarbeit gefasst. Und jetzt sind wir vom Weltladen und der Agenda 21 dabei, auch andere Aspekte der öffentlichen Beschaffung einzubeziehen.

Wir können „konsumkritische Stadtrundgänge“ organisieren, wobei an verschiedenen Geschäften und Banken „Station gemacht“ wird, um so etwas wie Gegenöffentlichkeit zu erzeugen zur Reklamewelt und ihrem unkritischen „internationalen Flair“.

Auch Gespräche mit den regionalen Bundestagsabgeordneten oder vor Wahlen mit den Kandidaten und Kandidatinnen sind möglich. Wenn sie im Wahlkreis Druck von unten bekommen, dann wird auch eher einmal bei den Ministerien kritisch nachgefragt wenn es z.B. um das deutsche Stimmverhalten im IWF geht oder um die Handelspolitik der EU.

Es gibt viele Möglichkeiten des Engagements, innerhalb der Kirchen und außerhalb, als Christ oder Nichtchrist in den verschiedenen globalisierungskritischen Organisationen und Gruppen. Wie und wo, darüber können wir ja gleich diskutieren, auch im Blick auf Ihre spezifische Kompetenz in der Kinder- und Jugendarbeit.

Dass ich jetzt ganz zum Schluss noch einmal gern auf Attac hinweise, werden Sie verstehen.

Erläuterung:

Die Teilerfolge, die Kampagnen wie „Erlassjahr 2000“ im Blick auf einen Schuldenerlass hatten, die Aufklärung der Öffentlichkeit über die Handelspolitik der EU, durch die Stop EPA-Kampagne und die verschiedenen Aktivitäten von Attac, können Mut machen. Zu den Schwierigkeiten gehört sicher auch, neben immer möglichen politischen Rückschlägen, dass es sich um eine komplizierte Materie handelt. Man muss sich ja gewisse ökonomische und politische Grundkenntnisse aneignen. Wir sollten und dabei aber auch nicht durch Fachleute und Spezialisten einschüchtern lassen, die auf die Kompliziertheit der Probleme hinweisen. Damit haben sie nicht unrecht, aber dabei verteidigen sie auch oft nur ihre eigenen Jobs oder gehören zur Lobby von Interessengruppen.

So kompliziert die Dinge auch sein mögen, wir sollten uns nach wie vor auf unsere eigene Kompetenz und die eigene Lernfähigkeit verlassen. Für das Lernen gilt auch hier das „learning by doing“. Man lernt ja nicht nur in Themengruppen auf einer Konferenz, sondern oft noch besser, wenn man eine Aktion plant oder das eigene Wissen didaktisch umsetzen will. Was „Anschaulichkeit“ im Blick auf die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen bedeutet, werden Sie besser wissen als ich. Ich weiß aber, dass man sich in Weltläden gutes Material ausleihen kann, wohl auch im Zentrum Ökumene der EKHN.

Wer wiederum als Erwachsener an einem Stand auf dem Marktplatz Fair-Trade-Produkte anbietet, wird auch versuchen, mit den Passanten in ein Gespräch über Sinn und Ziel des fairen Handels zu kommen, wenn er Kaffee und Tee anbietet. Das fängt bei den Familien der bäuerlichen Genossenschaften an und ihren Lebensbedingungen. Davon kann man Fotos zeigen. Um dies alles aber besser zu verstehen, muss man auch etwas wissen über die Erpressung der AKP-Staaten durch die EU, den IWF und die WTO. Dem folgt die Überlegung, wie ich das wieder einfach und doch nicht banal „überbringe“. Die Geschichte von der „Weltreise einer Jeans“ mit ihren Produktionsstandorten in 5-6 verschiedenen Ländern quer über den Globus kann da eine gute Hilfe sein.

*Dr. H.M. Fraund / Im Schelmböhl 4a / 64665 Alsbach / Tel.06257-998502/
mfraund@aol.com*